



Barthle-Brief

Nr. 61

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

14.11.2008

Thema der Woche:

Vertrauen schaffen – Wachstum stärken **Das Investitionsprogramm der Bundesregierung**

Auch in dieser Woche wurde der Deutsche Bundestag mit der weltweiten Konjunkturabschwächung als Folge der ernsten Krise auf den globalen Finanzmärkten konfrontiert. Vor dem Hintergrund dieser Krise sieht die Bundesregierung es als vorrangige Aufgabe an, Wachstum und Beschäftigung auch weiterhin zu sichern. Mit dem vor kurzem in Kraft getretenen Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte werden Stabilität und Funktionsfähigkeit des deutschen Finanzsystems gewährleistet. Damit wird auch eine entscheidende Voraussetzung geschaffen, dass für Industrie und Handel die notwendige Versorgung mit Liquidität und Krediten sichergestellt bleibt. So werden die finanziellen Grundlagen für unternehmerisch notwendige Investitionen gefestigt, die zur Sicherung von Arbeitsplätzen notwendig sind. Dies ist wichtig, um das Vertrauen von Bürgern und Unternehmen in die Soziale Marktwirtschaft zu bewahren.

Das in der vergangenen Woche vom Bundeskabinett beschlossene und in dieser Woche präzierte Maßnahmenpaket der Bundesregierung schafft eine Perspektive für die rasche Überwindung der Konjunkturschwäche und für die Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Maßnahmen sind – im Sinne einer konjunkturgerechten Wachstumspolitik – langfristig sinnvoll, kurzfristig umsetzbar und rasch wirksam. Sie geben kräftige Impulse für öffentliche und private Investitionen. Bürger und Unternehmen werden entlastet, der Konsum wird belebt, und die Beschäftigungserfolge werden gesichert.

Die neuen Maßnahmen werden eingebettet in ein glaubwürdiges Finanzierungskonzept, das an dem Ziel der Haushaltskonsolidierung festhält und konjunkturbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben in vollem Umfang hinnimmt. Für 2009 und 2010 hat die Bundesregierung ein Paket schnell wirksamer Investiti-

onsmaßnahmen geschnürt. Der Bund fördert damit Investitionen von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen. Steuerliche Entlastungen sollen gleichzeitig den privaten Konsum ankurbeln. Die gezielten staatlichen Impulse zielen darauf ab, Investitions- und Konsumausgaben von insgesamt 50 Milliarden Euro anzustoßen. Unternehmen erhalten besondere Abschreibungsmöglichkeiten. Befristet auf zwei Jahre wird zum 1. Januar 2009 eine so genannte degressive Abschreibung von 25 Prozent auf bewegliche Wirtschaftsgüter wieder eingeführt. Unternehmen sollen damit in den ersten zwei Jahren einen größeren Teil der Kosten für neu angeschaffte oder hergestellte bewegliche Wirtschaftsgüter von der Steuer absetzen können. Zum Beispiel für Maschinen oder Fahrzeuge. Neuwagenkäufer müssen bis zu zwei Jahre lang keine Kfz-Steuer zahlen. Hiermit wird die Entwicklung und Verbreitung effizienter Fahrzeuge gefördert. Gleichzeitig soll dies den notwendigen Anpassungsprozess der Automobilbranche erleichtern. Für das Gebäudesanierungsprogramm stehen in den Jahren 2009 bis 2011 drei Milliarden Euro mehr bereit. Mehr Geld gibt es auch für die Förderung des altersgerechten Umbaus von Wohnraum sowie für die Sanierung von Schulen. Und private Haushalte können Handwerkerrechnungen bis zu 6.000 Euro im Jahr mit 20 Prozent steuerlich geltend machen. Der Steuerbonus für Handwerkerleistungen für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in privaten Haushalten verdoppelt sich damit. **Vor allem aber sollen auch die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur erheblich erhöht werden!** Mit diesem umfassenden Wachstumspaket werden langfristig sinnvolle Maßnahmen angeregt, die die Erfolge der letzten Jahre bei der Beschäftigung trotz der weltweiten Konjunkturabschwächung zu verstetigen helfen.

